

Hajo Goertz

„Es kommt darauf an, nicht die Wahrheit zu vergewaltigen“

Nikolaus Gross als Journalist – Ein moderner Märtyrer

„Solidarität – das ist für die Bevölkerung des Ruhrgebiets kein Fremdwort. Verantwortung für einander und Verantwortung vor Gott sind hier durchaus noch gelebte und bewährte Wirklichkeit“, sagte Papst Johannes Paul II. am 2. Mai 1987 bei seinem Besuch der Zeche Prosper-Haniel in Bottrop. „Als Zeugen dafür stehen unter vielen anderen der Arbeitersekretär Gottfried Könzgen aus Duisburg, zu Tode gekommen im Konzentrationslager Mauthausen, und Nikolaus Gross, Bergmann; Gewerkschaftssekretär und Redakteur, hingerichtet in Berlin-Plötzensee. Sie lebten aus der Gewissheit des Glaubens, dass Christus, das Licht der Welt, stärker ist als alle Dunkelheiten, die das Leben immer wieder zu bedrohen suchen.“

Gestützt auf diese Bewertung führt das Bistum Essen, zu dem heute der Geburtsort von Nikolaus Gross, Hattingen-Niederwenigern an der Ruhr, gehört, seit 1988 einen Seligsprechungsprozess für den Laien und Vater von sieben Kindern als einem Märtyrer und Glaubenszeugen. Inzwischen sind die Dokumente an die Kongregation für Heiligsprechungen in Rom übermittelt worden. Von 1927 bis 1938 war Nikolaus Gross Schriftleiter der Wochenzeitung des Verbandes der westdeutschen Arbeiter- und Knappenvereine (KAB). Mit seinem Wirken als Journalist und Redakteur beschäftigt sich der folgende Beitrag.

„Die ständig steigenden Unfallziffern im Bergbau müssen die ernsteste Besorgnis wecken.“ So lautet der erste Satz, der in der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung (WAZ) unter dem Namen Gross erscheint, seit er in die Redaktion eingetreten ist – zum 1. Januar 1927. Schon in der Nr. 2 vom 8. Januar beschäftigt er sich in einem umfänglichen Artikel mit der Unfallbekämpfung im Bergbau. Von der Sache versteht er etwas, denn er hat in jungen Jahren als Bergmann unter Tage malocht, bevor er 1920 eine Gewerkschaftslaufbahn einschlägt: zunächst als Jugendsekretär des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, dann als Bezirkssekretär der christlichen Gewerkschaften, erst im sächsischen Zwickau und seit 1924 in Bottrop.

Sein Artikel über die häufigen Unfälle im Bergbau analysiert als Ursache die notorische Unterbezahlung, Akkordlöhne, „rücksichtlose Antrieberei“ durch Arbeitgeber. Als entscheidenden Grund nennt Nikolaus Gross, dass selbst im vorbildlichsten Betrieb keine Mitwirkung der Arbeiter selbst oder von Betriebsräten institutionalisiert sei. Unfallschutz

ohne Mitbestimmung kann nur unzureichend sein. Der Autor ist eben Gewerkschaftler.

Wurzeln in der Arbeiterschaft

Als solcher ist er vom Präs des westdeutschen Verbandes der katholischen Arbeitervereine, Prälat Otto Müller, in die Redaktion der WAZ berufen. Weil Willi Elfes, der damalige Schriftleiter, sich zur Frage einer gewerkschaftlichen Einheitsbewegung missverständlich ausgedrückt hatte, verlangt der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, von der Verbandsspitze der KAB die Berufung eines Gewerkschaftlers in die Redaktion. Elfes wird drei Monate später zum Polizeipräsidenten in Krefeld berufen, so rückt Gross nach. Ab der Nr. 12 steht er im Impressum als „verantwortlich i.V.“ und wird dann ab Nr. 16 vom 16. April als verantwortlicher Schriftleiter ausgewiesen. Dass Gross kein gelernter Journalist ist, gehört sozusagen zur Philosophie der WAZ. Seit ihrer Gründung legen die Herausgeber, also die Verbandsspitze, Wert darauf, dass die Schriftleiter aus der Arbeiterschaft kommen. Bald findet sich der Name „ng.“, wie er zumeist unterzeichnet, in dem illustren Kreis der WAZ Autoren: Oswald von Nell-Breuning und Gustav Gundlach, die damaligen wissenschaftlichen Fahnenträger der Katholischen Soziallehre, gehören dazu, Adam Stegerwald von den christlichen Gewerkschaften, Jakob Kaiser, Heinrich Körner und Helene Wessel, aber auch der Nestor der Zeitungswissenschaft Emil Dovifat, und natürlich die Verbandsleitung mit Präs Müller, dem Vorsitzenden Josef Joos, der früher WAZ-Schriftleiter war, und Verbandssekretär Bernhard Letterhaus.

Die Wurzeln der Redaktion in der Arbeiterschaft prägen den Stil der Zeitung, den auch Nikolaus Gross pflegt: Sie ist anspruchsvoll, das heißt sie fordert dem Leser aufmerksame Lektüre und das Mitdenken ab, aber sie ist verständlich geschrieben. Kein übermäßig komplizierter Satzbau, Fremdwörter werden, wenn unvermeidlich, übersetzt oder erläutert, schwierige Sachverhalte erklärt. Die WAZ bietet, wie man heute sagen würde, eine gehörige Portion Lebenshilfe für die Arbeiter und ihre Familien, nicht zuletzt in den komplizierten Fragen der damaligen Arbeits- und Sozialgesetzgebung.

Im ersten Aufmacher (5. März 1927) - Nikolaus Gross ist eben zwei Monate in der Redaktion - legt er den Lesern die Ziele des Verbandes dar: „Unsere Bewegung. Was wollen wir?“ ist der Leitartikel überschrieben. Die katholische Arbeiterbewegung trage zum Aufstieg der Arbeiterschaft bei; das Ziel sei Gleichberechtigung und die Gleichachtung der Arbeiter

mit allen Ständen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. „Die Not der Arbeiter“, so schreibt Gross, „ist nicht nur eine materielle, sondern eine geistige Not.“ Sie zu beheben, ist er angetreten. Den Klagen, das Niveau der Zeitung sei zu hoch, hält er einmal (19. Januar 1935) entgegen: „Entweder steigt die Zeitung mit dem gleichgültigen Leser auf die breite Straße herab, oder der Leser steigt mit der Zeitung auf die höher gelegenen Pfade geistigen Lebens. ... Wer nur unterhalten und nicht erhoben sein will, passt eben schwer zu einer Standesbewegung, die im Geiste der Kirche alles ernst nimmt, was verdient, ernst genommen zu werden: das Religiös-Weltanschauliche, das Sittliche, Berufliche, Wirtschaftliche, Soziale. Einer katholischen Bildungs- und Standesgemeinschaft solcher Art, im Gegensatz etwa zu einem Sonntagsnachmittagskränzchen, anzugehören, das war der Stolz der Alten. Und wir meinen, es müsste auch der Ehrgeiz der Jungen sein.“

Er versteht die WAZ, als was sie der Untertitel ausweist: „Verbandszeitung der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands“. Fern jeden Strebens nach dezidiert journalistischer Unabhängigkeit, dient er mit der WAZ der innerverbandlichen Kommunikation. Sein Ziel ist, die Leser in die Lage zu versetzen, die christliche Weltsicht, das christliche Gesellschaftsverständnis zu verstehen und in der damaligen Auseinandersetzung der Weltanschauungen argumentativ zu vertreten. Später, als er längst gelernt hat, das Medium Zeitung souverän zu handhaben, beschreibt der die Aufgabe der Presse (18. Februar 1928) so: Sie habe „neben der Unterrichtung durch Nachrichtenübermittlung die Leser zu bilden und zu erziehen“. Dieser Gewichtung – die volkspädagogische Aufgabe rangiert vor der Information – kommt natürlich der Typus der WAZ als Wochenzeitung entgegen.

Sehr rasch übernimmt Gross neben der Verbandsführung – dem Vorsitzenden Joseph Joos, bis 1933 Reichstagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender des Zentrums, und dem Verbandssekretär Bernhard Letterhaus, von 1928 bis 1933 Abgeordneter des Preußischen Landtages – in der WAZ die Darstellung und Kommentierung der politischen, insbesondere der sozialpolitischen Vorgänge. Dabei geht es ihm zum einen um die Formulierung der Interessen der Arbeiterschaft, zum anderen aber und nicht weniger um die Analyse und Bewertung der geistesgeschichtlichen Zusammenhänge. Wieder und wieder greift Gross in den Jahren bis 1933 die Thematik der weltanschaulichen, der geistigen Auseinandersetzung auf; denn er ist überzeugt, dass nur in der Geschlossenheit der grundlegenden Ansichten die Arbeiterbewegung stark genug ist, nicht nur sich selbst zu erhalten und zu verbreiten, sondern in Staat und Gesellschaft auch etwas zu bewegen.

Zwei geistige Grundlagen sind für ihn maßgebend. Sie werden aufein-

ander bezogen und sind ineinander verschränkt. Aber sie werden doch differenziert (was sich später, in der Auseinandersetzung um die Katholische Aktion, als nützlich erweist): die katholische Soziallehre und der katholische Glaube. In den letzten Jahren der Weimarer Republik ist es die katholische Soziallehre, die die Bezugsgröße und den inhaltlichen Schwerpunkt der WAZ ausmacht. Ausführlich und immer wieder werden die Grundsätze der Sozialencyklika Leos XIII. von 1891 „Rerum novarum“ dargelegt. Breit und vielfach behandeln die Zeitung und Nikolaus Gross selbst die Inhalte der Sozialencyklika „Quadragesimo anno“, nachdem sie von Pius XI. im Mai 1931 verkündet ist. Und bald nach dem Erscheinen dieses zweiten päpstlichen Sozialschreibens bestärkt er seine Leser (26. September 1931): „Als katholische Arbeiterbewegung haben wir in den Lehren unserer Kirche, in den Weisungen und Enzykliken der Päpste ein Programm von so tiefer Weisheit und so echten Lehrens, wie es keine andere Bewegung ihr eigen nennt.“

Mit diesem Gerüst, von dem er auch seine Leser getragen meint, setzt er an zur weltanschaulichen Auseinandersetzung sowohl mit dem Kapitalismus wie vor allem mit dem klassenkämpferischen Sozialismus. Dazu bedient sich Nikolaus Gross oft eines geradezu kühnen journalistischen Mittels, das ein hohes Zutrauen in die Standfestigkeit der Leser voraussetzt: Er breitet die Argumente der Gegner in nicht selten längeren Zitaten aus Zeitschriften und anderen Publikationen aus, um sie dann nur noch knapp mit der eigenen Auffassung zu konfrontieren und die richtige Schlussfolgerung dem Leser zu überlassen. Die Methode sei deshalb hier hervorgehoben, weil sich dieses journalistische Mittel unter der Hitler-Diktatur als außerordentlich wirksam erweist.

Dass theoretische Gefechte um die besseren Konzepte nicht ausreichen, weiß Nikolaus Gross schon, seit er 1917 in den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter und 1918 in den katholischen Arbeiterverein seines Geburtsortes Niederwenigern eingetreten ist. Die Bühne, auf der die katholischen Auffassungen politisch zur Geltung gebracht werden können, ist für ihn unzweifelhaft das Zentrum. Und er belegt diese Unstrittigkeit, gerade in den Regierungswirren der ersten dreißiger Jahre damit, dass einzig das Zentrum über den ganzen Zeitraum der Weimarer Republik Verantwortung für das Gemeinwohl getragen habe, während die anderen Parteien samt und sonders sich mal entzogen, mal opportunistische Koalitionen eingegangen wären, nur um ihre Machtspiele zu treiben. Die christliche Arbeiterbewegung und mit ihr das Zentrum sind für ihn „das Bollwerk“ (30. Januar 1932) und „die Sperrmauer“ (23. Januar 1932) „gegen Zerstörung und Anarchie, Stützpunkt für verantwortungsbewusste Staats- und Wirtschaftsarbeit, Feind aller volkbedrohenden Ideologien und Utopien“.

Nicht eigentlich um der Partei zu dienen, sondern dem Staat und der Demokratie stellen Verbandsleitung und mit ihr Schriftleiter Gross die WAZ bei anstehenden Wahlen in den Dienst von Wahlaufrufen für das Zentrum; ganz ungeniert und ohne journalistische Bedenken. So werden etwa die Ausgaben im März und April 1932 nahezu vollständig der Wiederwahl des amtierenden Reichspräsidenten gewidmet, und sie münden in den Appell (2. April 1932): „Keine Stimme dem falschen Propheten Hitler! Jede Stimme für Hindenburg!“ Freilich bringt er auch zum Ausdruck, dass es für ihn einen blinder Loyalität übergeordneten Gesichtspunkt gibt: die Interessen der Arbeiter in den Vereinen. Gerade in den Zeiten der Wirtschaftskrise, als auch viele Mitglieder des Verbandes von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen werden, ficht er, wenn die Tendenzen im Zentrum anders laufen, für den Arbeiterflügel der Partei. Dem glücklosen Zentrumskanzler Heinrich Brüning bietet die WAZ eine der wenigen Stützen, aber Gross behält sich vor (10. Mai 1930): „Wo wir glauben, anderer Meinung sein zu müssen, da werden wir sie frank und frei kundtun. In dieser wie in jeder Regierung werden wir es als unsere Aufgabe ansehen, für die Interessen und Lebensrechte der Arbeiterschaft nach bestem Wissen und Gewissen einzutreten.“

Derartige Parteilichkeit ist für Nikolaus Gross kein Gegensatz zum Journalismus, aber sie hat ihre Grenzen: „Tendenz“, so schreibt er (12. November 1932), „ist nicht in jedem Fall abzulehnen. Es kommt darauf an, nicht zugunsten der erstrebten Tendenz die sachliche Wahrheit zu vergewaltigen“.

Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

Der ungezeichnete Leitartikel in der WAZ am 11. Februar 1933 ist überschrieben: „Das Dritte Reich ist ausgebrochen.“ Diese Frist seit Hitlers Machtergreifung ist nicht etwa Ausdruck erster Sprachlosigkeit, sondern in den langen Vertriebswegen begründet. Die Samstags erscheinende Ausgabe wird Montags zuvor redaktionell abgeschlossen. Der 30. Januar fällt mit dem Redaktionsschluss der Ausgabe vom 4. Februar zusammen, ein Aufmachen aus aktuellen Gründen kommt offenbar nicht in Betracht, will man das rechtzeitige Erreichen der Leser - über die Post zu den Bezirkssekretariaten und von dort durch die Vertrauensleute zu den einzelnen Abonnenten - nicht gefährden.

Dennoch signalisiert der Leitartikel auch, dass Verbandsführung und Schriftleitung nicht eigentlich mit der Machtergreifung Hitlers gerechnet haben. „Das Dritte Reich ist da“, heißt es in dem Artikel. „Sein Ausbruch erfolgte etwas unprogrammgemäß und entgegen allen Hoffnungen selbst

der Nationalsozialisten. Es ist sozusagen ausgebrochen, als seine besten Anhänger schon nicht mehr daran glaubten. Deshalb auch der bescheidene Ausdruck, den das Dritte Reich bisher macht.“ Hitlers erste Zurückhaltung bei der Ministerliste scheint die Ansicht im Ketteler-Haus zu belegen, die Regierungsbeteiligung diene den Nazis nur dazu, eine interne Parteikrise zu beheben, über die die WAZ im Januar berichtet hat.

Als eigentlichen Drahtzieher wähnt man den Medienmogul und Führer der Deutschnationalen, Alfred Hugenberg. Deshalb heißt es einleitend in dem Aufmacher: „Es ist erreicht! Herr Hitler ist Reichskanzler. Zwei seiner Unterführer, Göring und Frick, sind Minister. Über jede weitere Auskunft wende man sich vertrauensvoll an Herrn Hugenberg.“ Hugenberg hat zwar den Aufstieg Hitlers befördert, um die Weimarer Republik entscheidend zu treffen, aber mit Hitlers Machtergreifung ist sein Ränkespiel praktisch beendet. Nicht Hitler ist der Steigbügelhalter Hugenbergs, wie der hofft und die KAB annimmt, sondern es ist genau umgekehrt. Das ist freilich nicht weniger besorgnisregend, gilt doch der Wirtschaftsboss Hugenberg als einer der schlimmsten Gegner der Arbeiterschaft.

In dem Beitrag zur Machtergreifung wird einerseits festgestellt, dass in den ersten Erklärungen viel von Gott, Gottesglaube und Christentum die Rede sei. Daran wird die Erwartung geknüpft, „dass man weniger christliche Gesinnung deklamiere, als sie vielmehr durch den Inhalt der Regierungsmaßnahmen und durch die Art der Regierungsführung beweise“. Nüchtern heißt es dennoch: „Die Nationalsozialisten ... wollen mit allen erdenklichen Mitteln ihre Machtstellung unterbauen.“ Aber die WAZ hegt die Hoffnung: „Wir sind nicht bange, dass sich solchen Versuchen, wenn sie sich über die Volksmeinung hinwegsetzen und diese mißachten, das deutsche Volk nicht mit geneigtem Hause sich fügen wird.“ Es ist freilich eine Täuschung, wie sich bald herausstellt.

Nikolaus Gross ist fest davon überzeugt, dass zumindest die katholischen Arbeiter immun sind gegen die Machtgeliüste der Nazis. Lange genug hat er vor der Diktatur gewarnt und die unchristliche und anti-kirchliche Einstellung der Nazis seinen Lesern vor Augen geführt. Bereits am 6. September 1930 befasst er sich mit gemeinsamen Tendenzen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Nationalsozialisten, einen Keil zwischen katholische Arbeitervereine und Zentrumspartei zu treiben, um an die Macht zu kommen. Und er prognostiziert: „Der Nationalsozialismus würde, wenn er einmal zur Herrschaft käme, uns wirtschaftlich nicht frei und gesichert machen. Seine Haltung in den Fragen der Freiheit religiöser Betätigung, in der Sicherung der Rechte der Kirche und des Religionsunterrichtes, in den Fragen der Kultur steht zu unserer Auffassung in vielfachem und grundsätzlichen Gegensatz. ... Wir lehnen

den Nationalsozialismus nicht nur aus politischen und wirtschaftlichen Gründen, sondern entscheidend auch aus unserer religiösen und kulturellen Haltung entschieden und eindeutig ab.“

Schon im Januar 1930 registriert die WAZ besorgt, dass mit Wilhelm Frick der erste Nazi Minister wird, und zwar in der Landesregierung von Thüringen: „Wie kamen die Nationalsozialisten mit ihrem Programm des Unsinns zu soviel Anhang in Thüringen, dass sie regierungsfähig wurden?“, lautet der Kommentar zu dieser Meldung, zweifellos von Nikolaus Gross. Und er fragt: Ob sich das Reich nun schon gefallen lassen müsse, dass Staatsfeinde Minister würden? Eine Antwort haben die Leser bereits im Mai 1929 erhalten, als es in einer knappen Analyse des Stimmen- und Mandatszuwachses der Nazis bei den Landtagswahlen in Sachsen heißt: „Für eine vom Wortradikalismus freie und die Realitäten achtende Politik herrscht bei vielen Wählern kein Verständnis.“ Sie pendelten hin und her und wählten dann „die unpolitischen“ unter den Parteien.

Deutlicher wird Gross bei der Analyse der Kommunalwahlen von November 1929 in weiten Gebieten des Reichs, die den Nazis einen Stimmenzuwachs um das Eineinhalbfache bringen: „Hier zeigt sich eine bedenkliche Entwicklung. Dass ein so großer Teil der Wähler dieser politisch ideenlosen Gruppe ihre Stimme zuwandte, zeugt von keiner politischen Reife und Urteilsfähigkeit.“ Doch noch ist er Optimist und meint: „Gewiß sind die Nationalsozialisten eine Zeiterscheinung, die mit der wiederkehrenden politischen Vernunft verschwinden wird.“ 1932 allerdings muss Gross feststellen, dass sich das Großkapital Hitler anbiedert, und kommt (30. Januar 1932) zu dem Schluss: „Der Nationalsozialismus - soweit er nicht von einer, von Herrschaftsgelüsten besessenen intellektuellen Führerschicht mißbraucht wird - ist das Evangelium der politisch und wirtschaftlich Primitiven.“ Und als er beobachtet, wie die Nazis mit ihrer Betriebszellen-Organisation die Unternehmen zu infiltrieren und die Arbeiter abzuwerben suchen, warnt er (6. Februar 1932): „Der Nationalsozialismus will die Arbeiterschaft für seine politischen Ideen gewinnen, um sie vom Wirtschaftlichen abzubringen. Das gibt dann eine hübsche Machtverteilung: die Nationalsozialisten herrschen in der Politik, die Unternehmer in der Wirtschaft. Der Arbeiter ist beider Packesel.“ Die NSDAP, so weist er immer wieder an entsprechenden Vorgängen nach, sei weder eine soziale noch eine Arbeiterpartei, er charakterisiert sie als Bonzenpartei.

Da Gross engagiert an der politischen Meinungsbildung mitwirkt, kann die WAZ (23. August 1930) schreiben: „Wir haben das felsenfeste Vertrauen, daß die katholischen Arbeiter, die stark geworden sind im Kampf gegen den Sozialismus, und die stets alle Verführungen zum Schlagwort und zur Demagogie abgelehnt haben, der nationalsozialisti-

schen Maulheldenpartei eine kalte Schulter zeigen.“ Das vergleichsweise resistente Wahlverhalten der Katholiken scheint ihn zu bestätigen. Es sei auch darauf hingewiesen, dass die Mitglieder der katholischen Arbeiterbewegung, wohl auch bestärkt durch ihr Verbandsorgan, zu den katholischen Gruppen gehörten, die am längsten dem Nationalsozialismus widerstanden und mit ihren demonstrativen Wallfahrten deutlich Flagge zeigten.

Nicht zuletzt misstraut Nikolaus Gross vor 1933 den zeitweiligen Annäherungen Hitlers an das Zentrum unter der Devise eines gemeinsamen Kampfes gegen den atheistischen Bolschewismus, die ja nach der Machtergreifung keine un wesentliche Rolle für die politische (nicht die weltanschauliche) Einschätzung der Nazis durch die Bischöfe spielen. Schon 1930 (3. Mai) zeigt ihm etwa die Ablehnung des Preußenskonkordats durch die Nazis: „Keine Dialektik, kein noch so dreistes Auftreten irgendeines Agitators kann die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Hitlerpartei praktisch den Katholiken in den Rücken fällt, sobald es sich um katholische Angelegenheiten handelt.“ Gegen die Propaganda einer angeblichen antibolschewistischen Front greift Nikolaus Gross zu einem biblischen Bild (29. November 1930): „Wie man aber den Teufel nicht durch Beelzebub austreiben kann, ... so überwindet auch nicht der ‚nationale Sozialismus‘ eines politischen Dilettanten von der Art Hitlers den Sozialismus marxistischer Prägung.“

Die angeführten Zitate – die Reihe ließe sich noch um weitere markante Bemerkungen fortsetzen – zeigen zweierlei: Als Hauptgegner sieht Nikolaus Gross in der Endzeit der Weimarer Republik nach wie vor den klassenkämpferischen Sozialismus, mit dem er sich lange und breit aus einandersetzt. Das mag zur anfänglichen Unterschätzung der Machtergreifung Hitlers beigetragen haben. Zum anderen aber stellt er immer wieder fest, dass Ziele und Methoden, nach der Macht zu streben, bei den linken und rechten Extremisten sich nur durch das Vorzeichen unterscheiden. Der für seine Bewertung mitentscheidende Vergleichspunkt ist die Glaubens- und Kirchenfeindlichkeit.

Daher macht sich Nikolaus Gross schon Anfang der 30er Jahre keine Illusionen, wenn das Dritte Reich tatsächlich „ausbricht“. Die Auftritte nationalsozialistischer Abgeordneter im Reichstag zeigen ihm (8. November 1930): „Feige Beleidigungen unter dem Schutze der Immunität, Volksverhetzung, ... bewußte Lüge und Verleumdung, ... Kapitalverschiebungen und Bruch des Ehrenworts, das sind so einige ‚Tugenden‘, die nach den Erfahrungen dieser einen Reichstagswoche alle Aussicht haben, im ‚Dritten Reich‘ einst den Vorrang zu haben.“ Im August 1932 schreibt ng.: „Politisch ist der Nationalsozialismus Gegner des Volksstaates und der Demokratie und Verfechter des Diktaturgedankens.“ Im

Dezember 1931 wird ein geheimes Dossier bekannt, wie sich führende Nazis die Zeit nach der Machtergreifung vorstellen. Die WAZ kommentiert mit einem Schuss Ironie: „Würden die Nationalsozialisten einmal die Macht in die Hand bekommen und nach dem Rezept ihrer ‚Notverordnungen‘ regieren, dann würden wir bald das schönste Wildwest in Deutschland erleben, gegen das alle Karl-May-Erzählungen Phantastereien eines harmlosen Gemüts wären.“ Und wohin das Dritte Reich letztlich führen wird, sagt die WAZ bereits wenige Wochen zuvor (24. Oktober 1931) voraus. Hitler hatte vor einer Konferenz erklärt, niemand liebe den Frieden und finde den Krieg entsetzlicher als wir. Die WAZ kommentiert, man möchte glauben, die Worte „stammten von einem Pazifisten reinsten Wassers“ und setzt ein Zitat aus „Mein Kampf“ dagegen: Gegen das Entstehen einer Militärmacht an den Grenzen Deutschlands habe man - so Hitler - das Recht und die Pflicht, mit allen Mitteln bis zur Anwendung von Waffengewalt vorzugehen. „Das kommt“, so die WAZ wörtlich, „auf eine Aufforderung zum fortgesetzten Angriffskrieg hinaus“.

Verdeckter Kampf gegen die pervertierte Macht

„Wir haben in den letzten Jahren“, schreibt ng. am 27. August 1932, „einen scharfen Kampf gegen den Nationalsozialismus geführt. Dieser Kampf war notwendig. Wir werden ihn auch in Zukunft mit der Klarheit und Deutlichkeit führen, die uns unser Programm und die Umstände vorschreiben“. Mit den „Umständen“ meint Nikolaus Gross hier sicherlich befürchtete Auswüchse kommender Zeiten, gegen die er mit den ihm gegebenen Mitteln anzugehen sich vornimmt. Er hat sich wohl nicht vorgestellt, dass diese Umstände ihm letztlich die journalistische Feder aus der Hand nehmen. Schon im März 1933 wird die WAZ für drei Wochen verboten.

Seine früheren Voraussagen zur Machtergreifung und der Entwicklung im Dritten Reich mahnen zur Vorsicht. Zunehmend seltener sind Artikel mit ng. gezeichnet, so dass man zurückhaltend sein muss mit der Zuordnung, wenn kein Name oder Kürzel einen anderen Autor ausweist. Das gilt selbst im Hinblick auf einen Artikel vom 20. Juli 1935, der die Leser über die Herstellung der Zeitung informiert und in dem es heißt: „Der Schriftleiter muss in eigenen Aufsätzen zu den Geschehnissen Stellung nehmen, Zusammenhänge darstellen und Anregungen geben. ... Viele Aufsätze werden in der Schriftleitung selbst geschrieben.“ Bei aller Zurückhaltung, es bleibt die Bewertung von Nikolaus Gross als Redakteur.

Hier kommt ihm eine Methode zugute, die er schon in der Vergangen-

heit praktiziert hat: das kommentierte oder auch unkommentierte, weil für sich selbst sprechende Zitat aus anderen Zeitungen und Publikationen. Es wird zu einem Mittel, zwischen den Zeilen zu schreiben, und man darf davon ausgehen, dass die Leser gelernt haben, zwischen diesen Zeilen zu lesen.

Eine erste Probe liefert die Ausgabe vom 4. März 1933. Da wird informiert über die politisch motivierte Entlassung als untadelig dargestellter Beamter sowie über Zensurmaßnahmen gegen Zentrumszeitungen. Und unter der Überschrift „Schwur auf die Verfassung“ findet sich ein Bericht über die Vereidigung Hindenburgs als Reichspräsident im Jahre 1925 (der von der KAB favorisierte Zentrumskandidat Marx war damals unterlegen) und der Amtseid dokumentiert. Dem für die Zusammenhänge aufmerksamen Leser erübrigen sich eine politische Kommentierung oder Bezugnahme auf die Machtergreifung Hitlers.

In der folgenden Ausgabe vom 11. März werden die Reichstagswahlen vom Sonntag zuvor unter dem Titel „Rauschwahlen“ kommentiert. Jürgen Aretz (Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus, S. 75) nimmt an, dass der Leitartikel von Verbandsvorsitzender Joseph Joos, damals noch Reichstagsabgeordneter, verfasst ist. Ich meine, er stamme aus der Feder von Nikolaus Gross. In dem Beitrag jedenfalls wird ein Ereignis bei den Unterhauswahlen in England 1924 angesprochen. Damals hatte ein vielleicht fingierter Brief des sowjetischen Bolschewisten Sinowjew (der im Machtkampf gegen Stalin unterlag) die Abstimmung zu Ungunsten der Labour-Partei beeinflusst. Nachdem die KPD am 1. März 1933 mit eben dieser Anspielung die Urheberschaft der Nazis beim Reichstagsbrand erklärte, verstehen die Machthaber diese Passage des WAZ-Beitrags genau so und verbieten das Erscheinen für drei Wochen. Auf den 23. März, einem Donnerstag, ist ein Flugblatt mit dem Zeitungskopf und der Schlagzeile „Verboten“ datiert; es könnte auf den verbandseigenen Vertriebswegen verbreitet worden sein.

Die Ausgabe vom 8. April eröffnet mit einer Mitteilung „An unsere Freunde“ über das zwischenzeitliche Ausbleiben. „Gegen das Verbot haben wir Rechtsbeschwerde eingelegt und am Reichsgericht Klage erhoben. Die Entscheidung steht noch aus. Wir hoffen, daß sie erfolgreich sein wird.“ Was sie natürlich nicht ist. Keine Erklärung über den Grund des Verbots. Die folgenden beiden Ausgaben werden um je vier Seiten erweitert, offenbar um den nach der damaligen Technik kostenträchtigen Stehsatz abzuräumen. Am 22. April erscheint eine Dokumentation aus einem Fasthirtenbrief (Ostern war am 16. April 1933) von Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler von 1871. Darin heißt es: „Die wahre Freiheit ... verabscheut den Mißbrauch der Staatsgewalt wie den Mißbrauch der Freiheit. Sie ist keine Feindin der Staatsgewalt, sie ist aber eine

unversöhnliche Feindin des Versuches, durch unangemessene Ausdehnung der Staatsgewalt in das Hausrecht der persönlichen Freiheit einzudringen.“

Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 wird nicht erörtert unter dem wohl intern diskutierten Gesichtspunkt eines fragwürdigen internationalen Aufwertungseffektes. Das wäre eine politische Äußerung gewesen, die wohl ein neuerliches Verbot nach sich gezogen hätte. Aber der Vertrag zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich wird wieder und wieder zitiert als Bestandsschutz für die katholischen Arbeitervereine. Auf eine öffentliche Zusicherung Hitlers bezieht sich Gross, wenn er am 15. Juli 1933 feststellt, nach Tagen der Unsicherheit könne man jetzt mit ruhiger Zuversicht in die Zukunft schauen. „Auflösungen [kirchlicher Organisationen] und andere Zwangsmaßnahmen werden rückgängig gemacht und Wiederholungen in Zukunft unter Strafe gestellt.“

Die katholischen Arbeitervereine können ihren Bestand als „Standesorganisationen“ gegen Übernahme- und Auflösungstendenzen durch die Nazi-Strukturen nur durch eine besondere Betonung ihrer Kirchlichkeit ersteiten, rechtlich vage gestützt auf das Reichskonkordat. In dieser Auseinandersetzung des Jahres 1933 kann Nikolaus Gross nahtlos anknüpfen an die Diskussion über die „Katholische Aktion“, die die WAZ seit dem Katholikentag 1928 in Magdeburg immer wieder aufgreift. Dort hat der damalige Nuntius Eugenio Pacelli (seit 1939 Pius XII.) die katholischen Laienverbände als „wohl geordnete Schlachtreihe in der Hand der Bischöfe und des Stellvertreters Christi“ interpretiert. Zweifellos gegen die eigentliche Auffassung des seinerzeitigen Papstes Pius XI., die Pacelli vorträgt, kommentiert ng. in der WAZ (28. September 1928): „Die ‚katholische Aktion‘ will die bestehenden Formen neu beseelen, beleben, will ihnen Geist und Richtung geben, nicht aber ihre Eigenart und Eigentätigkeit zerstören. ... Der Nuntius erkennt auch eine relative Eigengesetzlichkeit der Kulturgebiete an. Damit soll Raum bleiben für die Sonderheiten der Stellung und Arbeit der im Politischen und Wirtschaftlichen tätigen Organisationen.“ Für die Hervorhebung der Eigenständigkeit der Arbeitervereine erweist sich die schon angesprochene Differenzierung zwischen Glaubens- und katholischer Soziallehre als hilfreich. In Fragen des Glaubens ist die katholische Arbeiterbewegung nach Ansicht von Nikolaus Gross treue Gefolgschaft der Kirche und ihrer Bischöfe. Sie beharrt aber auf eigener Beurteilung, wo es um die Umsetzung der kirchlichen Soziallehre in der eigenen politischen und Bildungsarbeit geht.

Liegt bei der Beschreibung dieser Gratwanderung vor 1933 die Betonung mehr auf der Eigenständigkeit, so unter dem Gleichschaltungsdruck der Nazi-Organisationen das Gewicht eher auf der Kirchlichkeit.

Die schon in den ersten Monaten nach der Machtergreifung erörterte Frage „Brauchen wir noch katholische Arbeitervereine?“ (WAZ 20. Mai 1933) beantwortet ng. entschieden positiv: „Als katholische Vereine, die vom Religiösen ausgehen und sich auf eine vierzig- und mehrjährige soziale Arbeit berufen können, sind uns gerade in dieser Zeit große Aufgaben zugewachsen, die nur angefaßt und erfolgreich durchgeführt werden können, wenn sich sozialer Gestaltungswille verbindet mit religiöser Kraft.“ Hier schon wird für Nikolaus Groß deutlich, dass unter der Nazi-Diktatur das Festhalten am und Bekenntnis zum katholischen Glauben zum Politikum wird.

Nikolaus Gross wird daher nicht müde, den Mitgliedern deutlich zu machen, dass sie ihre religiöse Bildung vertiefen müssen, um von diesem gefestigteren Fundament aus in die Gesellschaft hinein zu wirken. Umfangreich wird über das Mittel berichtet, das den Arbeitervereinen bleibt: Wallfahrten und Glaubensfahrten. Stets stellt die Zeitung besonders deren Charakter als Glaubenskundgebung und Bekenntnis zu Kirche und Christentum heraus, was vom Regime durchaus als Demonstration gegen den Nationalsozialismus verstanden wird und von den Teilnehmern auch so gemeint ist. Ansonsten aber muss Nikolaus Gross die praktische Umsetzung des Glaubens im Alltag dem Einzelnen überantworten, da den Vereinen bald jedes politische und gesellschaftliche Wirken verboten ist. Als wichtig dafür sieht er die Erziehungsaufgabe der Eltern an. Und er stellt die Zeitung ganz in den Dienst dieser Aufgabe, erst recht seit sie - sicher nicht freiwillig - mit dem 1. Januar 1935 unter dem Titel „Ketteler-Wacht“ (KW) erscheint. Im Untertitel weist sie sich jetzt als „Katholische Wochenschrift für das schaffende Volk in Stadt und Land“ aus, aber sie löst damit nur scheinbar die Verbindung zu den Arbeitervereinen; sie bleibt das mediale Bindeglied. Und Nikolaus Gross entwickelt sich als Schriftleiter der KW zu einem Essayisten, der sich tiefschürfend mit theologischen Fragen befasst. Die Frucht sind später sein Katechismus und sein pädagogisch streckenweise erstaunlich modernes Familiengebuch „Sieben um einen Tisch“.

Zwei bemerkenswerte Züge der von ihm geleiteten Zeitung verdienen noch Erwähnung. Sie verdienten eine eingehendere Betrachtung. In den christlichen Kirchen war, wie bekannt, durchaus ein Antijudaismus verbreitet; er verschloss den Bischöfen offenbar den Mund, als die Juden verfolgt, verschleppt und vergast wurden, und ließ die Christen den Schandtaten der Reichspogromnacht tatenlos zusehen. In der KAB-Zeitung findet er sich nicht. Schon 1930 hat Nikolaus Gross den Antisemitismus der Nazis bloßgelegt. In WAZ und Ketteler-Wacht nimmt er hingegen immer wieder kleine Notizen auf, die Verdienste von Juden für Deutschland und die Deutschen aufzeigen. Und in einigen größeren

Aufsätzen werden die Wurzeln des christlichen Glaubens im Judentum aufgewiesen.

Der zweite Zug ist ein ökumenischer. Schon am 22. April 1933 beschäftigt sich ng. unter dem Titel „Reichskirche?“ mit den Deutschen Christen. Bringt er (als Katholik) gegenüber dem Versuch, die Zersplitterung der evangelischen Christen in 29 Landeskirchen zu überwinden, noch Verständnis auf, so äußert er doch erhebliche Bedenken gegen die ihm schon aufscheinende politische Gleichschaltung. „Mit dem Wesenauftrag der Kirche“, so wörtlich, „verträgt sich keine politische Bevormundung durch den Staat, die eine Behinderung des göttlichen Lehrauftrages bedeutet“. Wohl um möglichen Protesten zuvorzukommen, fügt er hinzu: „Wir wollen und werden uns in interne Fragen des Protestantismus nicht einmischen. Nur soweit es sich um die grundsätzliche Frage des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat handelt, sind wir als Katholiken auch beteiligt.“ In den folgenden Jahren wird immer wieder in Kurzmeldungen über Entwicklungen in den evangelischen Kirchen berichtet.

In der Ausgabe vom 5. Dezember 1936 beschäftigt sich ein ungezeichneter Beitrag, den ich Nikolaus Gross zuschreibe, mit der „Fremdheit unter den christlichen Bekenntnissen“. Das historisch gewachsene an aktuellen Erscheinungen beschriebene Gegeneinander der christlichen Konfessionen müsse überwunden werden. Es gehe aber nicht um einen falsch verstandenen Gleichklang. „Was verlangt wird“, so der Autor, „ist nicht, daß wir die Gegensätze fallen lassen, Wahrheiten um eines faulen Friedens willen verleugnen, sondern daß wir als wahrhaftige, unserer Überzeugung getreue Menschen nebeneinander stehen und miteinander in unserem Volke“. Und er fragt sich, warum man erst jetzt von der Überwindung der Fremdheit unter den Konfessionen rede. „Mußte der Böse von Anbeginn erst im Osten und Westen so unverhüllt sein Haupt erheben, damit die Christen erführen, daß der ‚Antichristus‘ nicht in Rom oder Wittenberg, sondern ganz woanders zu suchen ist?“ Mindestens mit der redaktionellen Verantwortung für diesen Beitrag zeigt Nikolaus Gross auch hier seinen vielleicht sogar prophetischen Weitblick, bedenkt man die weitere Geschichte des Politischen Katholizismus und sein Bemühen um eine „politische Ökumene“ in der demokratischen Union der Christen nach dem Zusammenbruch von 1945.

Eine besondere Klippe stellt für die Ketteler-Wacht naturgemäß die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ dar. Das Rundschreiben Pius XI. über die Lage der Kirche in Deutschland, das am Palmsonntag, dem 21. März 1937 in allen Kirchen verlesen wird, wird in der darauf folgenden Ausgabe (27. März) mit keiner Zeile erwähnt. Ein beredtes Schweigen, zumal viele KAB-Funktionäre an der Verteilung der Enzyklika beteiligt sind.

Hingegen wird am 3. April ausführlich und zustimmend auf das Schreiben des Papstes „Divini redemptoris“ gegen den atheistischen Kommunismus eingegangen. Auch in späteren Ausgaben der KW ist es weiter erörtert. Für die dabei angeführten Passagen brauchen die Leser lediglich das Vorzeichen zu ändern, um den inhaltlichen Bezug auf die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ herzustellen. Am 29. Mai werden in einem Leitartikel zum 80. Geburtstag von Pius XI. dessen „wegweisende Ansprachen an die verschiedenen Völker und Nationen“ gewürdigt. Und beziehungsreich heißt es: „Gewiß, die Kirche kann die Verantwortlichen nur aufrufen und aufrufen, sie ist ja nur moralische Macht. Wir aber wissen, dass sie darin nicht minder eine wirkliche Macht ist, fähig, die Welt zu verändern, damit sie nicht bloß größer und reicher, sondern auch gerechter werde.“

Nikolaus Gross hatte seinen Lesern versprochen, den Kampf gegen den Nationalsozialismus den Umständen entsprechend weiterzuführen. Er setzt ihn in der Tat fort, wenn auch auf doppelt indirekte Weise. Einerseits legt die KW in mehreren Beiträgen dar, dass das Christentum mit deutscher Kultur und Geschichte unlösbar verbunden, eine arisierte Deutung der Vergangenheit damit im Grunde gegengeschichtlich sei. So schreibt Nikolaus Gross unter seinem Namen am 23. Januar 1937, es sei offenbar, „wie eng und fruchtbar die Verschmelzung der deutschen Seele mit den ewigen Gedanken und Kräften des Christentums nicht nur gewesen ist, sondern auch heute noch vielfach ist“. Hier wie in weiteren Beiträgen zeigt er darauf, dass ein antikirchlicher Nationalsozialismus eigentlich undeutsch ist.

Die andere indirekte Stoßrichtung ist die seit 1933 ständige Auseinandersetzung mit der rassistischen Deutschen Glaubensbewegung. Sie wird bereits am 22. September 1934 als eine Zeitströmung charakterisiert, die als Konfession anerkannt werden will, aber „keine echte Religion ist, weil ihre Vertreter den Beziehungspunkt der religiösen Bindung nicht mehr in Gott sehen, sondern im Menschen. Anderen wiederum ist der Beziehungspunkt die Natur, die Welt, die Menschheit, die Nation, das Volk“. Von diesen werde die echte Religion bekämpft.

Natürlich bemerken die Pressezensoren, wohin solche Artikel zielen. Nikolaus Gross erhält im Herbst 1937 einen scharfen Verweis durch das Reichspropaganda-Ministerium, weil die Ketteler-Wacht (28. August 1937) der Deutschen Glaubensbewegung völlige Intoleranz und „Selbstvergottung“ vorhält. Anfang März 1938 ergeht ein zweites, diesmal unbefristetes Verbot, und zwar mit Bezug auf einen Beitrag vom 12. Februar, der zwar nicht von Gross stammt, für den er aber die redaktionelle Verantwortung übernimmt. Unter der Überschrift „Weltanschauung und Leben“ erklärt der Autor, nur diejenige Weltanschauung sei wahr, die auch

vor dem Leben bestehe, und diesem Grundsatz entspräche allein die christliche Weltanschauung; alle materialistischen Vorstellungen seien abzulehnen. Dieser Artikel sei geeignet, „die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören“, begründet die Staatspolizei Köln das Verbot unter Bezug auf Paragraph 1 der aufgrund des Reichstagsbrandes erlassenen Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933.

Überraschend kann die Ketteler-Wacht ab August doch wieder erscheinen, aber nur für einige Ausgaben. Im November erfolgt das endgültige Verbot, diesmal unter einem unverhohlen gesuchten Grund: Etwa 30 Exemplaren in Düsseldorf von einer damals verbreiteten Gesamtauflage von rund 80.000 Stück liegt verbotswidrig eine Einladung zu einer Vereinsveranstaltung bei. Das genügt, um die KAB-Zeitung endgültig zu unterdrücken. Seit langem ist sie dem Regime ein Dorn im Auge, erkennt es doch darin eines der entscheidenden Instrumente für das Weiterleben und Weiterwirken und damit auch für die Widerständigkeit der KAB. In einer umfangreichen Lagebeurteilung des Düsseldorfer Hauptamtes des Sicherheitsdienstes (SD) vom 18. August 1937 heißt es: „Bis heute noch wirken die katholischen Arbeitervereine in staatspolitischer, wirtschafts- und sozialpolitischer sowie kulturpolitischer Hinsicht auf ihre Mitglieder in einer Weise ein, die nach eigenen Grundsätzen arbeitet, die Mitglieder dadurch ihrer natürlichen Zuneigung und Verwachsung mit der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft fernhält und in ihnen eine Gesinnung erzeugt, die sich staatsverneinend und staatsfeindlich mit Bezug auf den nationalsozialistischen Staat auswirkt.“

Als augenfälliger Beleg gilt dem SD, „dass von sämtlichen maßgeblichen Führern des Westdeutschen Verbandes bis hinunter zu den kleinsten Amtsträgern der örtlichen Vereine nicht ein einziger Mitglied der NSDAP ist“. Nach wie vor gebe es intakte Strukturen und würden Veranstaltungen auf den verschiedenen Ebenen durchgeführt. „Die Verbandszeitungen erscheinen in gleicher Weise, wenn auch die ‚Westdeutsche Arbeiter-Zeitung‘ inzwischen den Namen ‚Ketteler-Wacht‘ angenommen hat ...“ Die Arbeit der Vereine und die geistige Beeinflussung ihrer Mitglieder diene, so schlussfolgert der SD, „ausschließlich der Entziehung dieser Mitglieder an der Mitarbeit im nationalsozialistischen Staate“, nachgerade sei sie „Arbeit gegen den nationalsozialistischen Staat und die NSDAP“. Mit Blick auf Nikolaus Gross zeigt sich in dieser gegnerischen Bewertung, wie erfolgreich sein journalistischer Kampf gegen das Regime ist. Da ist auch der fadenscheinigste Anlass gesuchte Handhabe für das endgültige Verbot der KW.

Seine Tochter Berni (Marohl, geb. Gross) hat mir in einem Interview für einen Fernsehfilm über Nikolaus Gross gesagt, ihrem Vater sei mit dem Zeitungsverbot eine Wirkungsbasis entzogen worden, aber er habe

danach seine Tätigkeit als Referent in den Vereinen verstärkt. Wohl konnte ihm das Nazi-Regime die Feder aus der Hand nehmen, ihn aber nicht zum Schweigen bringen. So blieb er in seinem Bemühen um den Bestand der katholischen Arbeitervereine und um die geistige und religiöse Bildung ihrer Mitglieder engagiert, geradezu schonungslos gegenüber sich selbst und mitgetragen von seiner Frau und seiner Familie. Sein im Glauben verankertes Wirken führte ihn in den Kölner Widerstandskreis, nach dem 20. Juli 1944 in die Zelle, am 16. Januar 1945 vor den Volksgerichtshof Roland Freislers, den er bereits 1932 (26. August) in der WAZ als opportunistischen „Gesinnungskroben“ bezeichnet hatte, und am 23. Januar 1945 nach Plötzensee.

Es kommt darauf an, die Wahrheit nicht zu vergewaltigen, ist das Leitwort des Journalisten Nikolaus Gross. Es kommt darauf, die Wahrheit zu tun, ist sein Leitwort als Christ.